

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Einführung eines freiwilligen Streifen- und Ordnungsdienstes in Mecklenburg-Vorpommern**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Kommunen im Land zu prüfen, ob ein Bedarf und eine Bereitschaft von Bürgern besteht, durch ehrenamtliches Engagement die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern in der Ausführung ihrer Aufgaben aktiv zu unterstützen.
2. sich mit Kommunen außerhalb des Bundeslandes in Verbindung zu setzen, die bereits über Erfahrungen mit freiwilligen Streifen- und Ordnungsdiensten, Kommunalen Ordnungsdiensten mit Bürgerbeteiligung und anderen hilfspolizeilichen Bürgerorganisationen verfügen.
3. die Ergebnisse beider Prüfungsvorgänge unter der Zielvorgabe auszuwerten, Handlungsmöglichkeiten zur Optimierung der inneren Sicherheit oder zumindest zur Verstärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls zu erarbeiten.

Über die diesbezüglichen Aktivitäten wird der Landtag zeitnah unterrichtet.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Eine sich verändernde Kriminalitätslage, die deutliche Zunahme von grenzübergreifender Kriminalität und die daraus resultierenden Sicherheitsprobleme erzeugen insbesondere im ländlichen Raum unter den Bürgern ein Gefühl von Angst und fehlender Geborgenheit. Viele Bürger fühlen sich durch den Staat im Stich gelassen und greifen deshalb vermehrt zu eigenen Schutzmaßnahmen.

Infolge des sich ausweitenden Personalmangels in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern ist es sinnvoll, die Mitwirkung von ehrenamtlich engagierten Bürgern bei der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit im Land öffentlich zu diskutieren. Hierzu sollte in Kooperation mit den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch mit den Kommunen außerhalb unseres Bundeslandes ein reger Erfahrungsaustausch geführt werden und ergebnisoffen ausgewertet werden.